

Deutschland.

1. C. Landtags-Verhandlungen.

58. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 1. Mai).
11 Uhr. Am Ministerialstisch sitzt Dr. Förster und Geh. Räthe Barth und Häbler.

Von den Ministern des Innern und der geistlichen Angelegenheiten ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden. In der Generaldiskussion melden sich 5 Redner, sämlich gegen das Gesetz, zum Wort: v. Chlapowski, Reichensperger, v. Gerlach, Thissen und Respondel.

Der erste Redner Abg. v. Chlapowski bleibt bei seiner schwachen Stimme und der Unruhe im Hause total unverständlich. Sogar die Stenographie in der Nähe des Redners scheinen außer Stande, ihm zu folgen.

Abg. Reichensperger: nach dem gemeinen Recht steht das Kirchenvermögen unter der Verwaltung und Disposition des Diözesanbischofs, nach der Vorlage aber soll die Verwaltung derselben einer aus unbefrührter Wahl der Gemeinde hervorgegangenen Vertretung überwiesen werden, da der § 70 des Landrechts die Gemeinden als Eigentümer des Pfarrvermögens bestimmt.

Die Staatsregierung hat aber selbst durch das Rescript vom 6. August 1846 ausführlich dargelegt, daß diese Bestimmung des Landrechts nur eine subdialektische und daß nicht die Pfarrgemeinde, sondern die Pfarrkirche das Rechtssubjekt sei. Wenn aber auch die Pfarrgemeinde das Rechtssubjekt sein sollte, so sagt Richter und sagt die Natur der Sache, daß dieses Eigentum lediglich die Bestimmung in der Kirche und für die Kirche hat, daß die Frage, wie das Vermögen zu verwalten sei, sich nach der Kirchenverfassung zu richten habe, weil es eben diesen bestimmten concreten Zweck hat. Sie selbst haben im vorigen Jahr durch Ihr Votum über die evangelische Synodalordnung anerkannt, daß diejenigen Bestimmungen, die heute durch Ihr Votum festgestellt werden sollen, von der oberen Kirchengewalt ausgegeben müssen. Der dafür angegebene Grund, daß die Synodalordnung auch die inneren Angelegenheiten der Kirche betreffe, ist nicht sichhaltig, weil auch die Ordnung der äußeren Angelegenheiten in derselben nicht auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgt ist.

Es soll ferner nicht denkbar sein, daß die Staatsgesetzgebung auf dem kirchlichen Gebiet nicht maßgebend sein soll; dann streichen Sie die ganze Verfassung, denn Sie befürchten nicht die staatliche Gesetzgebung. Die katholische Kirche wird als im Kampfe mit dem Staat befindlich dargestellt; das würde einen Krieg des Staates gegen ein Drittel des preußischen Volkes bedeuten, denn dieses Drittel gehört nicht nur dem Staat, sondern auch der Kirche an. Können Sie sich etwas Schrecklicheres als einen solchen Zustand denken? Der Herr Minister hat neulich seinen Standpunkt auf diesem Gebiete dargelegt, der durchgeführt nichts Anderes bedeutet, als die Notwendigkeit der Aussrottung des Katholizismus im Staate. (Herrlicher Widerspruch links; sehr wahr! im Centrum.) Der Ministerpräsident hat sich, um zu jener Cognition zu kommen, die Wege geöffnet, indem er von der katholischen Kirche ein sogenanntes Bild entworfen hat, das nur eine abschreckende und abschreckende Caricatur genannt werden kann. Er hat gesagt, die ganze lat. Kirchenverfassung bestände nicht mehr und brauche nicht mehr vom Staat respectirt zu werden, weil sie durch das Vaticanum vollständig an den Kopf gestellt sei. (Sehr richtig! links.) Die Bischöfe seien nur noch willenlose Werkzeuge des Papstes. (Sehr wahr! links.) Ein sonderbarer Auspruch von Seiten eines preußischen Ministerpräsidenten, der von seinen Regierungsbeamten schwerlich etwas Anderes fordert, als das. Das Vaticanum bezwecke nicht die Umwandlung des dahin bestandenen thatsächlichen Zustandes (Widerspruch links), Sie wissen es nicht, sonst würden Sie nicht Nein sagen. In § 515 des Staatsrechts von Klüber, den der Abg. Gneist unlängst als den glaubwürdigsten Staatsrechtsschreiber bezeichnet hat, wird unumwunden als Wahrheit hingestellt, daß der Papst im Besitz dieser Unschuld schon früher war. (Gneist hat Hinweis dargelegt, daß durch das Vaticanum nur das früher tatsächlich vorherrschende formell fixirt worden ist.)

Der Ministerpräsident hat ferner durchaus nicht am Orte gesagt, der Papst könnte unmöglich der Nachfolger des Apostels Petrus sein, weil dieser ja ein sündiger Mensch gewesen sei. Der Papst bleibt nach wie vor ein sündiger Mensch und Sie, meine Herren von der evangelischen Confession, die Sie auf dem orthodoxen Standpunkte stehen, werden nicht bezeugen, daß die Apostel, die auch in Ihren Augen sündige Menschen waren, dennoch ihre Schriften mit Infallibilität geschrieben haben. (Lebhafte Widerspruch links.) Ich überlasse Ihnen zu urtheilen, ob die orthodoxen Protestanten aus einem andern Grunde sie „heilige Schrift“ nennen, als weil sie annehmen, sie seien in Folge höherer Inspiration geschrieben. Es ist weiter gesagt worden, wenn der Papst zur Macht gelangte, würde keine constitutionelle Verfassung und Freiheit möglich sein, die Kaiser müßten ausgerottet und ihr Vermögen konfisziert werden, Meuchelmord sei nicht strafbar usw. Die Kirche müßte dann eine Fluchtburg und nicht diejenige Anhalt sein, aus deren Schoß die europäische Cultur erwachsen ist. Papst Pius IX. hat selbst im Jahre 1848 dem Kirchenstaat eine constitutionelle Verfassung mit dem Zubehör entsprechender Grundrechte und Freiheit gegeben, nicht er hat sie bestätigt, sondern die Herren Pseudoliberalen, die mit Revolution und Republik geantwortet haben. Eine meiner heutigen ablichen Rede eines katholischen Abgeordneten ist ausdrücklich von dem Papste seiner Zeit mit dem Syllabus vereinbart erklärt worden. Die Leute sollen gemartert und verbrannt werden. Richter sagt: „Gegen Keierei, Schisma und Apostaten schreitet die Kirche mit Axt und Schwert“ und Verweigerung des christlichen Begräbnisses ein, gegen Geistliche außerdem mit Verlust der Amtszeit, der Deposition und Degradation. Aber auch das bürgerliche Recht hat über dieselben schwere Strafen verbürgt, denn die Kirche war ein Theil des öffentlichen Rechts und eine Verleugnung ihres Lebensmodus war zugleich ein Verbrechen gegen den Staat.“

Diese schweren Strafen sind also Staatsrechte und nicht Kirchenrechte gewesen, überall, wo jene Staatsanschauung nicht besteht, ist auch die Consequenz des Strafgesetzes beseitigt. Ähnliches ist in der Wiege des reformierten Protestantismus vorgekommen, und wenn Sie nach Schottland, Schweden und dem deutigen Norden sehen, werden Sie etwas sehen, was sich in altkatholischen Ländern jetzt auch vorbereitet. Es ist gesagt worden, der Tyrannenmord sei ein katholisches Specifum. Wahr ist es, daß eine Reihe katholischer Schriftsteller bis in das 16. Jahrhundert derartige Doctrinen gelehrt haben auf Grund der damaligen Staatsanschauung, daß der Staatsverband nur ein Vertragsverhältnis mit gegenseitigen Rechten und Pflichten sei. Wenn nicht, nicht sagten sie, wenn der Landesherr dieser Interpretation seiner Macht nicht entspricht, sondern aus einem könige einen Tyrann wird, dann ist der Tyrannenmord gestattet. Diese von mir gemäßbilligte Doctrin ist auch von Ultratököli z. B. von Knox gelehrt. Im 19. Jahrhundert sollte man über Tyrannenmord von diesem Standpunkt hinweggehen. Der Abg. Wehrenpennig hat lebhaft die Bartholomäusnacht und das Ledeum in Rom genannt, um zu beweisen, der Papst habe den Mord gebilligt. In wissenschaftlichen Werken von der Höhe eines Reisehandbuchs von Bädeker findet man diese Ansicht, der Abg. Wehrenpennig aber mußte wissen, daß jener Act in Rom nur stattgefunden hat auf Grund der amtlichen Erklärung des französischen Gesandten, daß die Hugenotten in Paris ein Attentat gegen den König unternommen hätten. (Gelächter und Widerspruch links.) Ich entnehme aus diesem lauten Widerspruch, daß nach Ihrer Ansicht für einen glücklich niedergeworfenen Aufstand und ein bereitgestelltes Attentat ein Ledeum nicht gehalten werden darf. Die Missbilligung der Aufhebung des Edictis von Nantes als eines Vertragsbruchs von Seiten des römischen Stuhles hat der Abg. Wehrenpennig nicht erwähnt, er hat dazu guten Grund gehabt, denn heute ist ungefähr dieselbe Lage in Preußen. (Widerspruch!) Diese Revocation ist keineswegs aus einer ultra-katholischen Doctrin hervorgegangen, sondern im Interesse jener Staatseinheit erfolgt, die man dort verwirrlich wollte. Solche Anlagen und Ausführungen, wie sie von dem höchsten Beamten unseres Staates ausgegangen sind, sind viel faustgefährlicher als alle Zeitungsartikel, die jemals in Bezug auf diese Frage geschrieben worden sind. (Sehr wahr! im Centrum.)

Deutschland.

1. C. Landtags-Verhandlungen.

58. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 1. Mai).
11 Uhr. Am Ministerialstisch sitzt Dr. Förster und Geh. Räthe Barth und Häbler.

Von den Ministern des Innern und der geistlichen Angelegenheiten ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden. In der Generaldiskussion melden sich 5 Redner, sämlich gegen das Gesetz, zum Wort: v. Chlapowski, Reichensperger, v. Gerlach, Thissen und Respondel.

Der erste Redner Abg. v. Chlapowski bleibt bei seiner schwachen Stimme und der Unruhe im Hause total unverständlich. Sogar die Stenographie in der Nähe des Redners scheinen außer Stande, ihm zu folgen.

Abg. Reichensperger: nach dem gemeinen Recht steht das Kirchenvermögen unter der Verwaltung und Disposition des Diözesanbischofs, nach der Vorlage aber soll die Verwaltung derselben einer aus unbefrührter Wahl der Gemeinde hervorgegangenen Vertretung überwiesen werden, da der § 70 des Landrechts die Gemeinden als Eigentümer des Pfarrvermögens bestimmt.

Die Staatsregierung hat aber selbst durch das Rescript vom 6. August 1846 ausführlich dargelegt, daß diese Bestimmung des Landrechts nur eine subdialektische und daß nicht die Pfarrgemeinde, sondern die Pfarrkirche das Rechtssubjekt sei. Wenn aber auch die Pfarrgemeinde das Rechtssubjekt sein sollte, so sagt Richter und sagt die Natur der Sache, daß dieses Eigentum lediglich die Bestimmung in der Kirche und für die Kirche hat, daß die Frage, wie das Vermögen zu verwalten sei, sich nach der Kirchenverfassung zu richten habe, weil es eben diesen bestimmten concreten Zweck hat. Sie selbst haben im vorigen Jahr durch Ihr Votum über die evangelische Synodalordnung anerkannt, daß diejenigen Bestimmungen, die heute durch Ihr Votum festgestellt werden sollen, von der oberen Kirchengewalt ausgegeben müssen. Der dafür angegebene Grund, daß die Synodalordnung auch die inneren Angelegenheiten der Kirche betreffe, ist nicht sichhaltig, weil auch die Ordnung der äußeren Angelegenheiten in derselben nicht auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgt ist.

Es soll ferner nicht denkbar sein, daß die Staatsgesetzgebung auf dem kirchlichen Gebiet nicht maßgebend sein soll; dann streichen Sie die ganze Verfassung, denn Sie befürchten nicht die staatliche Gesetzgebung. Die katholische Kirche wird als im Kampfe mit dem Staat befindlich dargestellt; das würde einen Krieg des Staates gegen ein Drittel des preußischen Volkes bedeuten, denn dieses Drittel gehört nicht nur dem Staat, sondern auch der Kirche an. Können Sie sich etwas Schrecklicheres als einen solchen Zustand denken? Der Herr Minister hat neulich seinen Standpunkt auf diesem Gebiete dargelegt, der durchgeführt nichts Anderes bedeutet, als die Notwendigkeit der Aussrottung des Katholizismus im Staate. (Herrlicher Widerspruch links; sehr wahr! im Centrum.) Der Ministerpräsident hat sich, um zu jener Cognition zu kommen, die Wege geöffnet, indem er von der katholischen Kirche ein sogenanntes Bild entworfen hat, das nur eine abschreckende und abschreckende Caricatur genannt werden kann. Er hat gesagt, die ganze lat. Kirchenverfassung bestände nicht mehr und brauche nicht mehr vom Staat respectirt zu werden, weil sie durch das Vaticanum vollständig an den Kopf gestellt sei. (Sehr richtig! links.) Die Bischöfe seien nur noch willenlose Werkzeuge des Papstes. (Sehr wahr! links.) Ein sonderbarer Auspruch von Seiten eines preußischen Ministerpräsidenten, der von seinen Regierungsbeamten schwerlich etwas Anderes fordert, als das die Notwendigkeit der Aussrottung des Katholizismus im Staate. (Herrlicher Widerspruch links; sehr wahr! im Centrum.) Der Ministerpräsident hat sich, um zu jener Cognition zu kommen, die Wege geöffnet, indem er von der katholischen Kirche ein sogenanntes Bild entworfen hat, das nur eine abschreckende und abschreckende Caricatur genannt werden kann. Er hat gesagt, die ganze lat. Kirchenverfassung bestände nicht mehr und brauche nicht mehr vom Staat respectirt zu werden, weil sie durch das Vaticanum vollständig an den Kopf gestellt sei. (Sehr richtig! links.) Die Bischöfe seien nur noch willenlose Werkzeuge des Papstes. (Sehr wahr! links.) Ein sonderbarer Auspruch von Seiten eines preußischen Ministerpräsidenten, der von seinen Regierungsbeamten schwerlich etwas Anderes fordert, als das die Notwendigkeit der Aussrottung des Katholizismus im Staate. (Herrlicher Widerspruch links; sehr wahr! links.)

Der Ministerpräsident hat ferner durchaus nicht am Orte gesagt, der Papst könnte unmöglich der Nachfolger des Apostels Petrus sein, weil dieser ja ein sündiger Mensch gewesen sei. Der Papst bleibt nach wie vor ein sündiger Mensch und Sie, meine Herren von der evangelischen Confession, die Sie auf dem orthodoxen Standpunkte stehen, werden nicht bezeugen, daß die Apostel, die auch in Ihren Augen sündige Menschen waren, dennoch ihre Schriften mit Infallibilität geschrieben haben. (Lebhafte Widerspruch links.) Ich überlasse Ihnen zu urtheilen, ob die orthodoxen Protestanten aus einem andern Grunde sie „heilige Schrift“ nennen, als weil sie annehmen, sie seien in Folge höherer Inspiration geschrieben. Es ist weiter gesagt worden, wenn der Papst zur Macht gelangte, würde keine constitutionelle Verfassung und Freiheit möglich sein, die Kaiser müßten ausgerottet und ihr Vermögen konfisziert werden, Meuchelmord sei nicht strafbar usw. Die Kirche müßte dann eine Fluchtburg und nicht diejenige Anhalt sein, aus deren Schoß die europäische Cultur erwachsen ist. Papst Pius IX. hat selbst im Jahre 1848 dem Kirchenstaat eine constitutionelle Verfassung mit dem Zubehör entsprechender Grundrechte und Freiheit gegeben, nicht er hat sie bestätigt, sondern die Herren Pseudoliberalen, die mit Revolution und Republik geantwortet haben. Eine meiner heutigen ablichen Rede eines katholischen Abgeordneten ist ausdrücklich von dem Papste seiner Zeit mit dem Syllabus vereinbart erklärt worden. Die Leute sollen gemartert und verbrannt werden. Richter sagt: „Gegen Keierei, Schisma und Apostaten schreitet die Kirche mit Axt und Schwert“ und Verweigerung des christlichen Begräbnisses ein, gegen Geistliche außerdem mit Verlust der Amtszeit, der Deposition und Degradation. Aber auch das bürgerliche Recht hat über dieselben schwere Strafen verbürgt, denn die Kirche war ein Theil des öffentlichen Rechts und eine Verleugnung ihres Lebensmodus war zugleich ein Verbrechen gegen den Staat.“

Diese schweren Strafen sind also Staatsrechte und nicht Kirchenrechte gewesen, überall, wo jene Staatsanschauung nicht besteht, ist auch die Consequenz des Strafgesetzes beseitigt. Ähnliches ist in der Wiege des reformierten Protestantismus vorgekommen, und wenn Sie nach Schottland, Schweden und dem deutigen Norden sehen, werden Sie etwas sehen, was sich in altkatholischen Ländern jetzt auch vorbereitet. Es ist gesagt worden, der Tyrannenmord sei ein katholisches Specifum. Wahr ist es, daß eine Reihe katholischer Schriftsteller bis in das 16. Jahrhundert derartige Doctrinen gelehrt haben auf Grund der damaligen Staatsanschauung, daß der Staatsverband nur ein Vertragsverhältnis mit gegenseitigen Rechten und Pflichten sei. Wenn nicht, nicht sagten sie, wenn der Landesherr dieser Interpretation seiner Macht nicht entspricht, sondern aus einem könige einen Tyrann wird, dann ist der Tyrannenmord gestattet. Diese von mir gemäßbilligte Doctrin ist auch von Ultratököli z. B. von Knox gelehrt. Im 19. Jahrhundert sollte man über Tyrannenmord von diesem Standpunkt hinweggehen. Der Abg. Wehrenpennig hat lebhaft die Bartholomäusnacht und das Ledeum in Rom genannt, um zu beweisen, der Papst habe den Mord gebilligt. In wissenschaftlichen Werken von der Höhe eines Reisehandbuchs von Bädeker findet man diese Ansicht, der Abg. Wehrenpennig aber mußte wissen, daß jener Act in Rom nur stattgefunden hat auf Grund der amtlichen Erklärung des französischen Gesandten, daß die Hugenotten in Paris ein Attentat gegen den König unternommen hätten. (Gelächter und Widerspruch links.) Ich entnehme aus diesem lauten Widerspruch, daß nach Ihrer Ansicht für einen glücklich niedergeworfenen Aufstand und ein bereitgestelltes Attentat ein Ledeum nicht gehalten werden darf. Die Missbilligung der Aufhebung des Edictis von Nantes als eines Vertragsbruchs von Seiten des römischen Stuhles hat der Abg. Wehrenpennig nicht erwähnt, er hat dazu guten Grund gehabt, denn heute ist ungefähr dieselbe Lage in Preußen. (Widerspruch!) Diese Revocation ist keineswegs aus einer ultra-katholischen Doctrin hervorgegangen, sondern im Interesse jener Staatseinheit erfolgt, die man dort verwirrlich wollte. Solche Anlagen und Ausführungen, wie sie von dem höchsten Beamten unseres Staates ausgegangen sind, sind viel faustgefährlicher als alle Zeitungsartikel, die jemals in Bezug auf diese Frage geschrieben worden sind. (Sehr wahr! im Centrum.)

Deutschland.

1. C. Landtags-Verhandlungen.

58. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 1. Mai).
11 Uhr. Am Ministerialstisch sitzt Dr. Förster und Geh. Räthe Barth und Häbler.

Von den Ministern des Innern und der geistlichen Angelegenheiten ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden. In der Generaldiskussion melden sich 5 Redner, sämlich gegen das Gesetz, zum Wort: v. Chlapowski, Reichensperger, v. Gerlach, Thissen und Respondel.

Der erste Redner Abg. v. Chlapowski bleibt bei seiner schwachen Stimme und der Unruhe im Hause total unverständlich. Sogar die Stenographie in der Nähe des Redners scheinen außer Stande, ihm zu folgen.

Abg. Reichensperger: nach dem gemeinen Recht steht das Kirchenvermögen unter der Verwaltung und Disposition des Diözesanbischofs, nach der Vorlage aber soll die Verwaltung derselben einer aus unbefrührter Wahl der Gemeinde hervorgegangenen Vertretung überwiesen werden, da der § 70 des Landrechts die Gemeinden als Eigentümer des Pfarrvermögens bestimmt.

Die Staatsregierung hat aber selbst durch das Rescript vom 6. August 1846 ausführlich dargelegt, daß diese Bestimmung des Landrechts nur eine subdialektische und daß nicht die Pfarrgemeinde, sondern die Pfarrkirche das Rechtssubjekt sei. Wenn aber auch die Pfarrgemeinde das Rechtssubjekt sein sollte, so sagt Richter und sagt die Natur der Sache, daß dieses Eigentum lediglich die Bestimmung in der Kirche und für die Kirche hat, daß die Frage, wie das Vermögen zu verwalten sei, sich nach der Kirchenverfassung zu richten habe, weil es eben diesen bestimmten concreten Zweck hat. Sie selbst haben im vorigen Jahr durch Ihr Votum über die evangelische Synodalordnung anerkannt, daß die von ihm bezeichnete Staatsanschauung der Ausgangspunkt der Kirchenverwaltung ist, die nach den Eigentums- und Rechtsverhältnissen dieser Vermögensstücke richtet, auf welche dieses Gesetz keinen Einfluss haben soll. (Sehr richtig! links.)

Auch der dritte Redner, Abg. v. Gerlach, ist so gut wie unverständlich. Zunächst erfolgt ein Ausbruch stürmischer Heiterkeit, weil der Herr Abgeordnete, nachdem er die Tribüne betreten, mit dem Präsidenten verhandelt und dabei der Versammlung den Rücken zugewandt. Alsbald herrscht aber in dem rauchigen leerenden Hause eine so laute Conversation, daß nur wenige Söhne hörbar sind, wie die folgenden: Wir stehen hier wiederum vor einer Aufforderung der Regierung zu einem Verfassungsbruch. Die Verfassung enthält einen Artikel, durch den das Eigentum geschützt ist. Jetzt sollen wir das Eigentum der katholischen Kirche konfiszieren. Die erste Bedingung aller soliden Gesetzgebungen ist Achtung vor dem bestehenden Recht. Diese Achtung wird durch Gesetze, wie dieses, auf das größtenteils verletzt. In Folge dieses Votums fertigt der Herr Abgeordnete eine Tafel an, auf der die einzelnen Bestimmungen der Verfassung, die durch das Gesetz verletzt werden, aufgelistet sind. (Sehr wahr! links.)

Der zweite Redner, Abg. v. Thissen, ist so gut wie unverständlich. Bei § 3 polemisiert Windhorst (Meppen) nochmals gegen die Aufnahme der Collecten und Stiftungen unter das Kirchenvermögen; der Paragraph enthält viele Unklarheiten. Redner hätte gehofft, daß durch ein Amendingement dem abgeholten würde; er selbst wolle keinen Antrag einbringen, da seine Anträge doch abgelehnt würden. Er will deshalb nur constatiren, daß nach den Ausführungen verschiedener liberaler Redner und auch des Referenten die Frage, was der Kirchenvorstand in Beziehung auf die einzelnen Vermögensstücke zu besorgen hat, sich nach den Eigentums- und Rechtsverhältnissen dieser Vermögensstücke richtet, auf welche dieses Gesetz keinen Einfluss haben soll. (Sehr richtig! links.)

Abg. Gneist: Dieser § 3 enthält nichts anderes, als was schon im Landrecht aufgeführt war; es handelt sich nur um eine kurze und präzise Formulierung aller dieser früher auf das Breiteste ausführten Bestimmungen.

Deutschland.

1. C. Landtags-Verhandlungen.

58. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 1. Mai).
11 Uhr. Am Ministerialstisch sitzt Dr. Förster und Geh. Räthe Barth und Häbler.

Von den Ministern des Innern und der geistlichen Angelegenheiten ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche eingegangen.

Auf der Tages

ereignen, wie im letzten Stadium der Gerichtslaube. (Heiterkeit.) — Daß die Gebühren nicht zu hoch werden, dafür sorgt schon die Civilehe, und daß die Umlagen nicht zu groß werden, daß Geleit über den Ausritt aus der Kirche; es wird dazu keiner staatlichen Genehmigung bedürfen. Ich weiß aus meinen Erfahrungen als Verwaltungsbemüter, daß das Decret über Beaufsichtigung des Vermögens der evangelischen und jüdischen Gemeinden das allerunbeliebteste war. Man überließ deshalb fast Alles den Secretären und kam damit zu dem schlimmsten bürokratischen Formalismus. Wenn Sie einen so komplizierten Apparat wie hier machen, so wird die Verwaltung des Kirchenvermögens eher schlechter als besser werden. (Bustimme im Centrum.)

Abg. Gneist: Ich wende mich direct zu den einzelnen Nummern, die das Amtendement streichen will. Warum soll denn im Falle der Nr. 1 nur die weltliche, nicht auch die geistliche Aufsicht wegfallen? Mir leuchtet diese Einseitigkeit des Antragstellers nicht ein. Warum soll es ferner einer privilegierten Corporation freistehen, unter ihrer Firma ohne staatliche Genehmigung eine Anleihe zu contrahiren, was keinem Kreisfonds gestattet ist? Bei Gebührentoren und Umlagen muß der Staat eine Controle über das Maß und Quantum behalten mit Rücksicht auf den Staatsschädel und Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Die gleiche Aufsicht steht dem Staate in der evangelischen Kirche zu.

§ 50 wird hierauf unverändert genehmigt.

§ 58 (die den bischöflichen Behörden gesetzlich zustehenden Rechte im Bezug auf die Vermögensverwaltung in den Kirchengemeinden ruhen, so lange die bischöfliche Behörde diesem Gesetz folge zu leisten verweigert, u. s. w.) veranlaßt den Abg. Windthorst (Meppen) nochmals zu dem Vorwurf, die Mehrheit wolle den Bischofen das Gesetz unannehmbar machen. Abg. Wehrenpfennig gibt ihm den Rath, seinen Einfluß auf die Bischofe in versöhnlöchlicher Sinne geltend zu machen, dann werde die Durchführung des Gesetzes keine Schwierigkeiten bereiten. Abg. Windthorst erwidert, er habe keinen Einfluß auf die Bischofe, auch niemals solchen gesucht und mit seiner eigenen Verantwortlichkeit genug zu thun. (Sehr wahr! links.)

§ 58 wird mit einer redaktionellen Verbesserung angenommen.

§ 59 (Einstellung der Besoldungen aus dem kirchlichen Vermögen an einen „gesperrten“ Geistlichen) veranlaßt den Abg. v. Schorlemmer. Ist zu einer ähnlichen Bemerkung. Er fordert die Mehrheit auf, gegen diesen Paragraphen und gegen das ganze Gesetz zu stimmen, das wäre in der That die beste und ernste Arbeit, die sie ihm könnte. — Der Paragraph wird genehmigt.

Alle übrigen Paragraphen werden ohne Debatte angenommen und schließlich das ganze Gesetz in namentlicher Abstimmung mit 238 gegen 82 Stimmen (Centrum und Polen).

Zwei auf dieses Gesetz bezügliche Resolutionen werden der vorgerückten Zeit wegen für eine spätere Sitzung zurückgestellt.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Erstwahl zweier Schriftführer; Gesetz betreffend die Verwaltungsgerichte in dritter und Antrag Petri in zweiter Beratung.)

Berlin, 1. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Bürgermeister Bäumen zu Köln den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Landrat Freiherrn von Schorlemmer zu Lippstadt und dem Director der Friedrich-Werderschen Gewerbeschule in Berlin, Gallenkamp, den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Professor und Oberlehrer an derselben Schule Dr. phil. von Klöden, dem Gymnasial-Oberlehrer a. D. Werner zu Bonn, dem Pfarrer Kloß zu Narzym im Kreise Neidenburg, dem Kammer-Commissär a. D. Dreyer zu Hannover und dem Bürgermeister Kroy zu Harschweiler im Landkreis Trier den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Kooginspector Doe zu Heddwigentroog im Kreise Norderdithmarschen, dem Haupt-Zollamt-Assistenten a. D. Diedrichs zu Harburg, dem Gerichtsdollieker Plein zu Bülpich im Kreise Guslitz, dem Riedvörster der Greifswalder Stadtforst, Johann Daniel Coburg zu Jager im Kreise Grimmen und dem Particular-Carl Schlegel zu Breslau den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer a. D. Baumert zu Gerdorf im Kreise Görlitz, dem Förster Grässle zu Bürgsdorf im Kreise Cregzburg das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Matrosen Thiedemann von der ersten Matrosen-Division die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat die Erlaubnis zur Auslegung des Devotionskreuzes des Johanniter-Ordens: dem Grafen von Hoverden-Blenden auf Höhnen im Kreise Ohlau; des Kaiserlich-Österreichenischen Ordens der Eisernen Krone zweiter Klasse; dem Geheimen Commerzien-Rath Adolf von Hansemann zu Berlin; sowie der Großherzoglich-Mecklenburg-Schwerin'schen Verdienst-Medaille in Gold; dem Schauspieler Döring zu Berlin ertheilt.

Se. Majestät der Kaiser und König hat dem Ober-Postdirector Brünnow in Danzig bei seiner Verfehlung in den Aufstand den Charakter als Geheimer Postrath verliehen.

Der Regierungs- und Schulrat Dr. Wendland ist der Regierung zu Gumbinnen überwiezen worden. Der Oberlehrer am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Köln Dr. Richard Schneider ist als Rector an das Progymnasium zu Nordern berufen. Am Gymnasium in Marienburg ist der ordentliche Lehrer Dr. Hermann Heinze zum Oberlehrer befördert worden. Die Berufung des ordentlichen Lehrers Dr. Joseph Augustin Dichtl vom Gymnasium in Emmerich zum Oberlehrer am Gymnasium in Kempen, Regierungsbezirk Düsseldorf, ist genehmigt worden. Der praktische Arzt Dr. Dehmann ist mit Beleffung des Wohnzuges in Oster zum Kreis-Bundarzt des Kreises Neuhaus a. d. ernannt worden. — Dem königl. Regierungs- und Baurath Suwe ist die Stelle eines technischen Mitgliedes bei der königl. Direction der Ostbahn zu Bromberg verliehen worden. — Der außerordentliche Professor Dr. Gottlieb Berendt und der Dr. phil. Oscar Speyer zu Berlin sind zu königl. Landesgeologen ernannt worden. — Der Bergmeister Anton Larenz ist unter Beilegung des Charaters als Bergmeister zum Bergmeisterbeamten ernannt und demselben die Verwaltung des Bergreviers Dahlhausen im Oberamtsbergbezirk Dortmund übertragen worden. — Der bisherige Lehrer an der königl. Gewerbe-Akademie hier selbst, Professor Dr. Vogel ist zum ordentlichen Lehrer an dieser Anstalt ernannt. — Dem Polizei-Präsidenten Devens in Köln ist in gleicher Eigenschaft nach Königsberg versetzt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Warda zu Tropeln a. d. L. ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Thorn mit Anweisung seines Wohnsitzes dagebst versetzt worden. — Der Notar Karl Guttenberger zu Mühlhausen ist in den Bezirk des Landgerichts zu Mühlhausen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Habshain versetzt.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Baurath Ludwig Theodor Suche in Elsüt zum Regierungs- und Baurath; den Kreis-Schulinspector Dr. Wendland in Bromberg zum Regierungs- und Schulrat; und den Staats-Procurator Cromé in Köln zum Ober-Procurator bei dem dortigen Landgericht ernannt; dem Kreisgerichts-Secretär, Kassen-Controleur und Spiegel-Revisor Grau in Marburg den Charakter als Kanzleirath; sowie dem praktischen Arzt Dr. Lindemann in Lüneburg den Charakter als Sanitätsrath verliehen; und den zeitigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Oppeln, Rechtsanwalt und Notar Mouillard, zufolge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl in gleicher Eigenschaft für eine fernere weite sechsjährige Amtszeit bestätigt.

Berlin, 1. Mai. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte heute den 50jährigen Stiftungsfeste des unter Allerhöchstbrem Protactor stehenden Instituts zur Rettung verwahrloster Kinder bei, welches mit einer gottesdienstlichen Feier, unter Leitung des Propstes Dr. Brückner verbunden war. Der Staats-Minister Camphausen und das Curatorium empfingen Ihre Majestäten an der Pforte der Anstalt. (Reichsanzeiger.)

Gewinn-Liste der 4. Classe 151. Königl. Preuß. Clasen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachholger, Friedrichstr. 168, ohne Gewähr.

Bei der heute fortgesetzten Bziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

1 Hauptgewinn zu 90.000 M. auf Nr. 4409.

5 Gewinne zu 15.000 M. auf Nr. 34.168, 58.150, 59.100, 74.733 und 90.121.

3 Gewinn zu 6000 M. auf Nr. 11.227, 37.590 und 67.980.

43 Gewinne zu 3000 M. auf Nr. 2019, 2261, 2721, 3026, 3491, 5936, 6338, 12.935, 14.042, 15.360, 17.855, 20.251, 25.800, 26.895, 27.892, 32.544,

34.268, 37.983, 39.294, 39.944, 41.466, 43.430, 44.591, 45.218, 45.446,

45.727, 53.965, 56.287, 56.618, 62.817, 62.907, 63.945, 64.417, 66.908,

67.640, 69.143, 73.435, 77.091, 78.807, 80.544, 82.170, 89.280 und 93.973.

48 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 898, 3504, 6270, 6845, 9360, 9976,

10.672, 12.465, 12.505, 14.589, 14.668, 17.154, 19.648, 22.579, 23.234,

23.900, 24.021, 24.226, 27.498, 30.037, 30.412, 31.624, 33.322, 39.528,

43.608, 47.256, 48.139, 52.585, 59.666, 60.941, 60.957, 65.861, 67.393,

68.104, 71.811, 72.519, 73.517, 73.831, 74.580, 77.622, 79.604, 79.827,

81.876, 82.432, 85.559, 85.958, 88.819 und 90.800.

82 Gewinne zu 600 M. auf Nr. 593, 2256, 2915, 3916, 4402, 4597,

5317, 6308, 7707, 7814, 7876, 8537, 8604, 9737, 10.919, 12.916, 13.586, 15.011, 15.591, 16.036, 16.521, 17.389, 19.081, 19.370, 20.861, 23.080, 27.256, 27.515, 28.074, 28.581, 29.372, 30.275, 30.934, 30.938, 31.464, 33.934, 34.857, 35.580, 42.419, 42.859, 43.144, 44.003, 44.545, 45.449, 45.783, 46.454, 47.570, 49.100, 50.265, 51.042, 52.100, 52.514, 57.866, 61.430, 62.002, 65.165, 65.342, 65.983, 67.726, 69.729, 72.757, 73.246, 75.372, 76.149, 77.074, 77.826, 78.896, 79.839, 79.954, 79.972, 82.150, 83.829, 85.390, 85.641, 86.215, 90.180, 90.351, 92.780, 92.954, 9.3414, 93.604 und 94.710.

Gewinne zu 210 Mark. Nur die Gewinne zu 300 Mark sind in Parenthese.

beigefügt.)

122. 38. 71. 221. 47. 401. 3. 60. 546. 54. 79. 83. 624. 88. 712, 86. 866. 84. 918. 35. 1104. 224. 94. 317. 19. 38. 510. 13. 78. 604, 47. 760. 926. 37. 43 (300). 2066. 72. 111. 74. 350. 416. 81. 509, 28. 32. 49. 62. 72. 83. 615. 87. 96. 726. 67. 892. 934. 77. 89. 3008, 15. 81. 92. 155. 222. 360. 66. 69. 88. 474. 520. 80. 643. 64. 713, 92. 809. 89. 919. 4072. 79. 123. 418. 22. 24. 69. 532. 609. 30. 98, 92. 96 (300). 859. 989. 5016. 23. 34. 79. 132. 47. 80. 239. 313, 405. 27. 518. 27. 88. 700. 2. 7. 8. 859. 916. 81 (300). 6055. 122, 99. 213. 79. 305. 37. 74. 419. 75. 551. 660. 87. 788 (300). 922, 53 (300). 75. 7010. 210 (300). 41. 324. 76 (300). 411. 76. 567. 76, 612. 29. 47. 49. 79. 775. 881. 915. 8233. 308 (300). 49. 71 (300). 85, 473. 76. 566. 88 (300). 605. 15. 39. 70. 89 (300). 801. 908. 78. 89, 9258 (300). 75. 92. 321 (300). 76. 537. 43. 91. 655. 87. 802. 28. 34, 904. 26. 58 (300).

10.064. 144. 259. 337. 400. 42. 92. 542. 77. 618. 61. 79. 96, 712, 86 (300). 847. 52. 935. 42. 69. 94. 11. 043. 87. 93. 154. 237, 440. 72. 77. 563. 692. 747. 63. 64. 72. 838. 922. 42. 12. 044. 59 (300). 64. 177. 210. 312. 99. 407. 24. 63. 507 (300). 44 (300). 84, 96. 641. 713. 16. 860 (300). 62. 974. 13. 008. 37. 206. 34. 326, 405. 25. 66 (300). 513. 44. 59. 60. 78. 616. 22. 43. 56 (300). 700. 42, 96. 801. 26 (300). 943. 90. 14. 026. 27. 66. 70. 190. 208. 64. 304, 582. 614. 754. 91. 816 (300). 59. 61. 65. 903. 90. 15. 025. 26. 37. 53, 125. 29. 218. 45 (300). 334. 463. 69. 586. 605. 11. 25. 44 (300). 755, 75. 78. 23. 223. 305. 15. 480. 643. 81. 753. 75. 808. 904. 30. 32, 43. 70 (300). 74. 24. 010. 35 (300). 37. 109. 73. 223. 33. 38. 54. 464, 99. 507. 23. 50. 75. 81. 723. 30. 43. 917. 69. 25041. 102. 97. 233 (300). 329. 91. 417 (300). 85. 99. 623 (300). 82. 83. 715. 806. 934, 21. 152. 218. 96. 403. 6. 22. 652. 85. 729. 902. 14. 65. 70. 22. 061, 93 (300). 164. 90. 213. 86. 462. 512. 71. 823. 29. 43. 913. 58. 73, 75. 78. 23. 223. 305. 15. 480. 643. 81. 753. 75. 808. 904. 30. 32, 43. 70 (300). 74. 24. 010. 35 (300). 37. 109. 73. 223. 33. 38. 54. 464, 99. 507. 23. 50. 75. 81. 723. 30. 43. 917. 69. 25041. 102. 97. 233 (300). 329. 91. 417 (300). 85. 99. 623 (300). 82. 83. 715. 806. 934, 21. 152. 218. 96. 403. 6. 22. 652. 85. 729. 902. 14. 65. 70. 22. 061, 93 (300). 164. 90. 213. 86. 462. 512. 71. 823. 29. 43. 913. 58. 73, 75. 78. 23. 223. 305. 15. 480. 643. 81. 753. 75. 808. 904. 30. 32, 43. 70 (300). 74. 24. 010. 35 (300). 37. 109. 73. 223. 33. 38. 54. 464, 99. 507. 23. 50. 75. 81. 723. 30. 43. 917. 69. 25041. 102. 97. 233 (300). 329. 91. 417 (300). 85. 99. 623 (300). 82. 83. 715. 806. 934, 21. 152. 218. 96. 403. 6. 22. 652. 85. 729. 902. 14. 65. 70. 22. 061, 93 (300). 164. 90. 213. 86. 462. 512. 71. 823. 29. 43. 913. 58. 73, 75. 78. 23. 223. 305. 15. 480. 643. 81. 753. 75. 808. 904. 30. 32, 43. 70 (300). 74. 24. 010. 35 (

Wiesbaden, 1. Mai, Mittags. [Der Kaiser] wohnte gestern Abend der Gastvorstellung der Frau Luca in der „Astrakanerin“ im Hoftheater bei und hat für heute Abend die Einladung der Gräfin Fürstenberg-Stammheim zu einer Soirée angenommen.

Biesbaden, 1. Mai. [Der Großherzog von Baden] ist zum Besuch Sr. Majestät des Kaisers hier eingetroffen. Heute Abend findet eine Illumination des Kurhauses und morgen Mittag auf Allerhöchsten Wunsch eine nochmalige Corsofahrt statt.

Frankfurt a. M., 30. April. [Urteil.] Heute erfolgte die Publication des Urteils des Appellationsgerichts in der vor 8 Tagen verhandelten Anklage gegen den Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, Otto Hörr, wegen dreifacher Beleidigung des Fürsten Bismarck und des Berliner Stadtgerichts, begangen anlässlich des Processe Arnim. Die incriminierten Artikel sollten in der ersten Instanz für den Beschuldigten eine 4wöchige Gefängnisstrafe zur Folge haben. Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Wie wir dem „Fr. Journ.“ entnehmen, führt das Appellationsgericht in seiner Sentenz aus, daß es dem extrichterlichen Urtheile nicht beipflichten könne, indem allerdings namentlich durch den Artikel in Nr. 287 dem Fürsten Bismarck der Vorwurf gemacht werde, er sei bei Einleitung des Verfahrens gegen den Grafen Arnim von höchst selbstsüchtigen Motiven geleitet worden, er habe sich dabei nicht durch im öffentlichen Interesse getroffene Maßnahmen leiten lassen, sondern von der Absicht, einen politischen Rivalen unmöglich zu machen. Dadurch, daß in dem Artikel der Kampf mit dem Rivalen an erste Stelle gerückt werde, würde dem Ganzen der Charakter der Persönlichkeit in beleidigender Weise aufgedrückt; ebenso verhalte es sich mit dem Urteil, worin dem Berliner Stadtgericht der Vorwurf gemacht werde, es habe sich bewußtlos dazu gebrauchen lassen, Gewalt und Unrecht zu thun. Mit Rücksicht auf die Schwere und Grundlosigkeit der Anschuldigung sei deshalb eine den drei Reaten entsprechend hohe Gefängnisstrafe zu greifen, wobei allerdings in Betracht zu ziehen, daß Otto Hörr damals noch nicht bestraft gewesen sei. Indem daher der Theil des Urteils der Strafammer, soweit er die Strafe betraf, aufgehoben wurde, erkannte die Berufungsinstanz auf drei Monate Gefängnis, Confiscation der betreffenden Nummern, Verbrennung der Druckformen, soweit sie noch vorzufinden sind, Einräumung des entscheidenden Theils in die „Fr. Z.“ nach beschrittenen Rechtskraft und Bestellung des Urteils an die Beleidigten, sowie Tragung der Kosten.

Frankfurt a. M., 1. Mai. [Die Zahlungen an katholische Geistliche.] Guten Vernehmen nach sind alle Kassen des Regierungsbezirks Wiesbaden telegraphisch angewiesen worden, die Zahlungen aus Staatsmitteln an katholische Geistliche, insofern das Gesetz solches bestimmt, einzustellen.

München, 30. April. [Deputation.] Nächsten Dienstag geben sich circa 100 hiesige Katholiken, an deren Spitze sich Herr Graf L. Arco befindet, mit dem Morgenländelzug nach Rom, um dem Papst die von hiesigen Katholiken unterzeichnete Adresse zu überreichen.

D e s t e r r e i c h .

Graz, 30. April. [Die Demonstrationen gegen Don Alfonso.] Bis jetzt, 8 Uhr, ist zwar die Ruhe aufrecht, aber es sind großartige Vorbereitungen getroffen worden. Die Villa Don Alfonso's ist in ein Feldlager verwandelt; seit gestern hat sie als permanente Besatzung eine Compagnie des Regiments Bellacic. Nachmittags vier Uhr marschierte ein Bataillon des Regiments Franz Karl vor die Villa und eine Escadron Husaren campirt im Freien. Um 5 Uhr marschierte die Sicherheitswache mit den Commissären Högl und Strohschneider; um halb 6 Uhr zogen Detachements unter Führung von Offizieren aus, welche abgesendet wurden, um in weiter Entfernung von der Villa die Straßen abzuschließen. Vor den Soldaten patrouillierten Wachtmänner in weitem Umkreis und fordern jeden Passanten auf, den Platz zu verlassen. Die Bildung von Gruppen ist unterlagt und jede Gruppe wird zerstreut. Die Maßregel zeigt sich bis jetzt erfolgreich. Das Militär hat strengste Befehle.

Während dies vor der Villa geschieht, hat sich in der Stadt ein neues Ereignis für die Studenten zugetragen, das tiefen Eindruck macht. Um 6 Uhr wurde nämlich folgendes Placat von Rector Helly am Schwarzen Brett angeschlagen: „Ich befehle mich, daß das folgende Telegramm, das mir soeben, halb sechs Uhr, zugeschickt wurde, zur allgemeinen Kenntnis zu bringen: „Der Statthalter wird unter Einem ermächtigt, die Universität für dieses Semester zu schließen, sobald sich die Studenten an einer neuen Ausschreibung beteiligen. Dies Telegramm ist sofort am schwarzen Brett der Universität zu verlautbaren. Minister!“ Der Rector wird morgen eine spezielle Kundmachung des Senats an die Studentenschaft richten.

Obwohl Nachmittags nur wenige Studenten die Universität besuchten, war die Nachricht von der angedrohten Schließung doch bald verbreitet und machte Eindruck. Morgen werden die Professoren an ihre Hörer nochmals die Aufforderung richten, Alles zu vermeiden, was zu weiteren Maßregeln Anlaß hätte können, obwohl es Thatache ist, daß seit dem 28. früh die Studenten jeder Demonstration fernblieben.

Don Alfonso unternahm Nachmittags zu Wagen einen Ausflug durch die Leonhardstraße und Elisabethstraße in den Stadtpark.

9 Uhr 10 Minuten. Bis 9 Uhr blieb die Ruhe ungestört; das Militär und die Sicherheitswache ist noch im Dienst, eine Anfiammlung hat nicht stattgefunden. Einzelne Renniten wurden entfernt, einer verhaftet.

In Folge hohen Aufrages hat Generalmajor Schaffer v. Schaffersfelden Abends das Commando über die Truppen übernommen; das Hauptquartier ist die Villa Don Alfonso's. Ein General-Commandobefehl an die dienstfreie Mannschaft ordnet an, die Umgebung der Villa zu vermeiden.

Heute sind schon wirksame, für morgen und die folgenden Tage die größten Vorbereitungen zur Machtentfaltung getroffen. Der Statthalter operiert im Einvernehmen mit den Militär-Behörden.

Gegen die Studenten wird eine strafgerichtliche und Disciplinar-Untersuchung wegen der Vorfälle und wegen der Veröffentlichung des Protests eingeleitet.

10 Uhr 30 Minuten. Der Bürgermeister hat sich heute an alle Fabrikbesitzer von Graz und der Umgebung mit dem Erfuchen gewendet, daß sie die Arbeiter auffordern, sich ruhig zu verhalten. Die Fabrikanten sind diesem Wunsche sofort nachgekommen und haben gedroht, Jeden zu entlassen, der sich morgen auf dem Schauplatz der Exesse sehen läßt. Überdies haben auch die Führer der Arbeiterpartei eine Proclamation an die Arbeiter gerichtet, welche morgen durch städtische Organe affichirt und überdies in allen Fabriken publicirt wird. Diese Proclamation lautet:

„Arbeiter von Graz! Seit einigen Tagen finden aus Anlaß der Anwesenheit des spanischen Infanten Don Alfonso in Graz tumultuarische Aufstände statt. Die sozial-demokratische Arbeiterpartei von Österreich hat keine Ursache, sich mit der Person dieses Prinzen zu befassen; auch widerstreitet es der Würde und dem Ansehen der Arbeiterschaft, sich in solche kleinliche und wertlose Scandale einzulassen, und es wäre ein unwiederbringlicher Schaden für die gesamme Partei, wenn für einen unferen Bestrebungen so fern liegenden Zweck selbst Menschenleben zum Opfer fallen sollten.“

Das Interesse der Partei, der wir Alle angehören, erfordert es, daß wir unsere Kräfte unersplittet und ungeschwächt unserer großen Sache zuwenden. Wir fordern Euch deshalb auf, von dem Schauplatz der Scandale fern zu bleiben, Euch an den Exessen in keiner Art zu beteiligen und den Beweis zu liefern, daß die Arbeiter ihre Ziele mit Ernst und Würde verfolge.“

Dr. Hippolyt Dauschinski, Karl Hochreiter, Michael Kappau.“

Nach den bei Don Alfonso selbst eingezogenen Nachrichten ist mitzuheilen, daß er jede Provocation in Abrede stellt, daß er als friedlicher Bürger hier leben wollte; er beklage solche Aufstände.

Die Villa des Prinzen ist sehr luxuriös eingerichtet. (Pr.) 1. Mai. Die Meldung, Don Alfonso habe Graz verlassen und sich nach Salzburg begeben, bestätigt sich nicht. Weitere Ruheschriften sind nicht vorgekommen.

Pest, 1. Mai. [Die Staatseinnahmen.] In Erwähnung und zur Erklärung der von hiesigen Zeitungen vorgenommenen Vergleichung der bis ultimo März c. eingegangenen Staatseinnahmen gegenüber dem Voranschlag wird nunmehr darauf hingewiesen, daß die Haupteinnahme der Staatskassen stets auf die letzten Quartale fällt und daß dem entsprechend der factische Eingang in den ersten drei Monaten des Jahres keinen Anhalt für die Beurtheilung des ganzen Jahres bietet. Stellt man die Einnahmen des ersten Quartals 1875 den factischen Einnahmen des Jahres 1874 in der gleichen Zeit gegenüber, so ergebe sich eine Mehrerinnahme pro 1875 gegenüber 1874 von 400,000 Gulden.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 3. Mai. Angekommen: Se. Durchlaucht Prinz Carl zu Hohenlohe-Ingelfingen, aus Lublin.

+ [Stadtältester Füttner t.] Ein Ehrenmann ist von uns geschieden, ein Mann, der durch eine lange Reihe von Jahren für die Commune Breslau mit Segen gewirkt hat, Herr Stadtältester Albert Füttner ist am gestrigen Sonntage gestorben. A. Füttner hat 27 Jahre hindurch das Ehrenamt eines unbefoldeten Stadtraths mit voller Hingabe für das Wohl der Commune bekleidet und hat auch durch sein sonstiges uneigennütziges Wirken sich um die Stadt in hohem Grade verdient gemacht. So war es nur eine Pflicht der Dankbarkeit, als ihn die hiesigen städtischen Behörden im März 1869 zum Stadtältesten ernannten. — Sein Andenken wird in der Commune ein bleibendes sein.

* * [Der Fürstbischof von Breslau] soll, wie die römische „Volksztg.“ berichtet, am 13. d. M. einen gerichtlichen Termin in Birnbaum (Groß-Posen) haben. Die Anklage gegen den Fürstbischof basirt darauf, daß er 1) die Excommunication gegen Kick auf Grund der Encyclica vom 5. Februar angedroht und 2) dieselbe auch ausgeführt hat.

+ [Lotterie.] Am vorgestrigen vorletzen Ziehungstage der 151. königl. preußischen Classen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 90,000 Mark auf Nr. 4409 in die Collecte zu Mielkisch nach Bartenstein in Othr., und 5 Gewinne zu 15,000 Mark auf Nr. 34,168, 58,150, 59,100, 74,733 und 90,121 in die Collecten zu Becker nach Memel, zu Roßold nach Danzig, zu Räuber nach Elbing, zu Wiesenthal nach Sagan und Reimbold nach Köln.

A Steinau a. O., 2. Mai. [Bahnhofstraßen. — Schafbrücke. — Post. — Telegraphenleitung.] In den nächsten Tagen wird nunmehr auch die zweite Bahnhofstraße fertig gestellt und dieselbe dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Durch die Vollendung dieser Verkehrsstraße ist auch dem östlichen Theile der Stadt und seinen Bewohnern, wie überhaupt durch die Anlage zweier Bahnhofstraßen in dieser Beziehung den Bedürfnissen aller Rechnung getragen. Beide unmittelbar nach der inneren Stadt führenden Straßen sind 26 resp. 28 Fuß breit und haben zu beiden Seiten einen 6 Fuß breiten Fußweg, an dessen äußerem Rande in angemessener Entfernung Linden angepflanzt sind. Wir können wohl sagen, daß beide Straßen zur Verdichtung der Steinauer Umgebung viel beitragen. Was die Bebauung der städtischen Ackerparzellen zu beiden Seiten der Bahnhofstraßen anbelangt, so haben wir bereits mitgetheilt, daß in jüngerer Zeit an den hiesigen Magistrat mehrfache Anträge ergangen und einzelne Bewerber wegen Anfangs der qu. Baustellen mit der Commune in Unterhandlung stehen. Den Inhabern des Kreises wird es in Zukunft möglich gemacht sein, mit ihrem Fahrer nach Belieben auf fünf verschiedenen Wegen nach dem Bahnhof zu gelangen, denn außer den erwähnten neuen Zufahrtsstraßen führt ein von der Lübener Chaussee an der rechten Seite des Bahngleises angelegter Weg nach dem Empfangsgebäude, ferner ist es möglich, auf der Straße von Kreischau und endlich von der Parchwitzer Straße direct nach dem Bahnhofsterrain zu gelangen. Da voraussichtlich eine bedeutendere Freazeug auf diesen leicht genannten Straßen eintreten dürfte, ist ein Neubau der vielbefahrenen Schafbrücke nötig geworden und derselbe auch bereits in Angriff genommen. — Zum 1. October dieses Jahres ist die Verlegung der Post vom Ring in das vom Maurermeister Fiedler neuerrichtete Haus am Seminarplatz in Aussicht genommen resp. beschlossen. War beabsichtigt die hiesige Geschäftswelt gegen die dadurch ungünstige Lage bei der zuständigen Behörde zu petitionieren, doch scheint man dies unterlassen zu haben oder abhängig beschieden worden zu sein. Mit der Verlegung der Post hört selbstredend die Telegraphenleitung im Innern der Stadt auf. Sicherem Vernehmen nach wird in nächster Zeit eine telegraphische Verbindung mit dem hiesigen Bahnhof hergestellt, wogegen die direkte Leitung nach Lüben ganz eingeht. Auch können wir berichten, daß unsere Nachbarstadt Köben Telegraphenstation bekommt und jedenfalls mit Quellen resp. Raudten verbunden wird.

-r. Namslau, 2. Mai. [Meteor.] Gestern Abend gegen 9 Uhr wurde von mehreren Personen eine außerordentlich glänzende Lichterscheinung wahrgenommen, die in einer, ein prächtiges Licht verbreiteten, von Südsost nach Nordwest sich fortbewegenden Leuchtstufen bestand. Diese ließ am Firmament einen langen, langsam verschwindenden Lichtstreifen zurück. Eine Detonation ist von Niemanden gehört worden.

[Notizen aus der Provinz.] * Neisse. Das hiesige „Sonntagblatt“ meldet: Für Sonnabend, den 1. Mai, war das Eintreffen des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, Grafen von Arnim, in Neisse bestimmt. Infolge anderer Dispositionen ist aber der hohes Besuch nicht erfolgt worden.

+ Beuthen d. S. Die „Ob. Gr. Ztg.“ schreibt: Nachdem sämmtliche Apparate von Berlin hier eingetroffen sind, ist die meteorologische Station am südlichen Wasserbehälter nunmehr in Thätigkeit getreten.

△ Grünberg. Wie das hiesige „Wochenblatt“ meldet, ist bei hiesigem Kreisgericht Antrag auf Eröffnung des Concurses über den Consum-Verein, eingetragen. Genossenschaft eingereicht worden.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau)

Florenz, 1. Mai. Ihre k. k. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin des deutschen Reichs und von Preußen besuchten heute gemeinsam mehrere Antiquitätenhandlungen. Die Frau Kronprinzessin begab sich sodann allein nach der Gemäldegalerie, der Kronprinz fuhr nach der Villa Duarto, um sich von der Frau Großfürstin Marie von Russland zu verabschieden.

Florenz, 2. Mai. Ihre k. k. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin des deutschen Reichs und von Preußen sind heute Vormittag abgereist. Auf dem Bahnhofe hatte sich eine große Anzahl von Herren und Damen eingefunden, die dem kronprinzipialen Paare ihre Huldigung darbrachten; von dem Präfekten, dem Syndicus und dem Generalprocurator verabschiedete sich der Kronprinz auf dem Bahnhofe in der herzlichsten Weise.

Rom, 1. Mai. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer richtete der Deputirte La Porta eine Interpellation an die Regierung betreffs der Beziehungen zwischen dem Staat und der Kirche, indem er zunächst an die Bestimmungen des Garantiegesetzes erinnerte, so dann über die ganze Kirchenpolitik der Regierung sich mißbilligend äußerte und namentlich hervorholte, daß die bestehenden Gesetze von den Geistlichen und hauptsächlich von den Mitgliedern des höheren Clerus ganz ungestrafft verletzt würden. Insbesondere laufe die Art und Weise, in welcher den Bischöfen das Equator von dem Ministerium ertheilt werde, den Gesetzen durchaus zuwidere. Schließlich erhielt die Regierung die Wünsche der Redakteure zu wissen, aus welchem Grunde das Gesetz über die Verwaltung der Kirchengüter der Kammer bis jetzt nicht vorgelegt

wurde. — Das Interesse der Partei, der wir Alle angehören, erfordert es, daß wir unsere Kräfte unersplittet und ungeschwächt unserer großen Sache zuwenden. Wir fordern Euch deshalb auf, von dem Schauplatz der Scandale fern zu bleiben, Euch an den Exessen in keiner Art zu beteiligen und den Beweis zu liefern, daß die Arbeiter ihre Ziele mit Ernst und Würde verfolge.“

— Nach andern Nachrichten ist die Kronprinzessin zurückgeblieben. D. Red.

worden sei. Der Justiz- und Cultusminister Vigiani wies in seiner Antwort darauf hin, daß in jüngster Zeit Unbotmäßigkeiten des Clerus gegenüber den Staatsgesetzen nicht vorgekommen seien, sicher die Vorlegung des Gesetzes über die Verwaltung der Kirchengüter zu und betonte, daß das Verfahren der Regierung sowohl mit den Gesetzen, wie mit den Interessen des Landes im Einklang stehe. Minghetti hob hervor, daß seitens der Oppositionspartei ein Wunsch auf Abänderung des Garantiegesetzes nicht ausgesprochen worden sei, daß dieselbe sich vielmehr auf die Behauptung beschränkt habe, daß nicht in Gemäßheit des Garantiegesetzes verfahren worden sei und erklärte, daß er hierüber eine Discussion annehmen könnte. Er gebe zu, daß es zwischen der Kirche und den treiflichen Elementen der Gesellschaft zu einem Conflict gekommen sei, aber in diesem Conflict müsse jede Nation sich derjenigen Mittel bedienen, die ihr von ihren Überlieferungen, Gesetzen und Interessen vorgeschrieben würden. La Porta zog hierauf den Antrag zurück, den er an seine Interpellation gestellt hatte. Der Deputirte Mancini erklärte, daß er über den nämlichen Gegenstand am Montag eine weitere Interpellation an die Regierung richten werde.

Paris, 1. Mai. Die Journale veröffentlichten einen Brief Philippi's an den Staatsprocurator, in welchem er denselben erucht, ein gerichtliches Verfahren einzuleiten wegen der gegen ihn erhobenen verländerischen Beschuldigung, daß er in unerlaubter Weise über 14,000 Stück Obligationen der Eisenbahngesellschaft Orleans-Rouen disponirt habe. Philippi verteidigt sich auf die Verhandlungen der betreffenden Generalversammlungen, welche ihn zur Emission der erwähnten Stücke ermächtigt hätten, er versichert, daß sein ganzes Verfahren ein vollkommen gesetzmäßiges gewesen sei. Sodann weiß er auf die unbestechbaren Calamitäten hin, welche entstehen könnten, wenn die Lage, in die man ihn gebracht habe, länger andauere. Schließlich ersucht er den Staatsprocurator dringend, ihm Gelegenheit zu weiteren Ausklärungen und zur Beisitzung von Beweisen für seine Ansprüchen zu geben.

Brüssel, 2. Mai. Wie das „Journal de Liege“ erfährt, sind gleichzeitig mit Zustellung der Antwort der belgischen Regierung auf die letzte deutsche Note an den deutschen Gesandten Grafen von Pöppenreiter Abschriften dieser Antwort an die belgischen Gesandten in London, Paris und Wien mitgetheilt worden.

New York, 1. Mai. Die Staatschuld der Vereinigten Staaten hat sich im Monat April ca. um 2,325,000 Dollars vermindert. Im Staatschase befanden sich am Ende des Monats 94,625,000 Dollars in Gold und 1,096,000 Dollars an Papiergele.

Gotha, 1. Mai. Bei der heute stattgehabten Serienziehung der Büfareiter Prämienanleihe wurden folgende Serien gezogen: 264, 290, 294, 324, 415, 418, 635, 669, 994, 1040, 1053, 1088, 1121, 1152, 1226, 1293, 1360, 1390, 1624, 1677, 1741, 1752, 1778, 2017, 2019, 2081, 2146, 2223, 2275, 2332, 2391, 2487, 2679, 2780, 2822, 2832, 2862, 2911, 3065, 3102, 3151, 3172, 3315, 3418, 3596, 3605, 3628, 3872, 3955, 4219, 4307, 4332, 4395, 4401, 4434, 4573, 4584, 4711, 4716, 4752, 4826, 4891, 4897, 5017, 5023, 5105, 5270, 5293, 5450, 5489, 5497, 5546, 5604, 5825, 5940, 6043, 6319, 6325, 6418, 6714, 6775, 6789, 6825, 6861, 6872, 6878, 7049, 7100, 7121, 7192, 7344, 7374.

Bei der Gewinnziehung fiel der Hauptpreis von 50,000 Frs. auf Nr. 45 der Serie 2822, 10,000 Frs. fielen auf Nr. 98 der Serie 2081, 5000 Frs. fielen auf Nr. 94 der Serie 1152.

Bei der Gewinnziehung fiel der Hauptpreis von 50,000 Frs. auf Nr. 45 der Serie 2822, 10,000 Frs. fielen auf Nr. 98 der Serie 2081, 5000 Frs. fielen auf Nr. 94 der Serie 1152.

Bei der Gewinnziehung fiel der Hauptpreis von 50,000 Frs. auf Nr. 45 der Serie 2822, 10,000 Frs. fielen auf Nr. 98 der Serie 2081, 5000 Frs. fielen auf Nr. 94 der Serie 1152.

Bei der Gewinnziehung fiel der Hauptpreis von 50,000 Frs. auf Nr. 45 der Serie 2822, 10,000 Frs. fielen auf Nr. 98 der Serie 2081, 5000 Frs. fielen auf Nr. 94 der Serie 1152.

Berliner Börse vom 1. Mai 1875.

Wechsel-Course.

| | | | | | |
|---------------|-----------|--------|--------|----------|----|
| Amsterdam | 5 T. | 174,90 | bz | | |
| do. | do. | 3 T. | 173,90 | bz | |
| Augsburg | 100 Fl. | 2 M. | 4 | — | |
| Frankf. a. M. | 100 Fl. | 2 M. | 4 | — | |
| Leipzig | 100 Thlr. | 8 T. | 4 | — | |
| London | 1 Lst. | 2 M. | 3 | 20,43,50 | bz |
| Paris | 100 Free. | 8 T. | 4 | 81,70 | bz |
| Petersburg | 160 R. | 3 M. | 5 | 278,80 | bz |
| Warschau | 100 SR. | 8 T. | 5 | 281,20 | bz |
| Wien | 100 Fl. | 8 T. | 4 | 183,75 | bz |
| do. | do. | 2 M. | 4 | 182,40 | bz |

Fonds- und Geld-Course.

| | | | | |
|---------------------------|-----------|--------|--------|----|
| Freib. Staats-Auleiche | 4% | — | — | |
| Staats-Anl. | 4% 1/2 | — | — | |
| do. | consolid. | 4% 1/2 | 105,70 | bz |
| do. | 4% 1/2 | 49,70 | bz | |
| Staats-Schuldscheine | 3% | 90,75 | bz | |
| Präm.-Anleiche v. 1855 | 3% | 136,10 | bz | |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4% | 102,50 | bz | |
| Berliner | 4% | 101,25 | bzG | |
| Pommersche | 4% | 98,25 | bz | |
| Posenische | 4% | 94,63 | bz | |
| Schlesische | 3% | — | — | |
| Kur.-Neumärk. | 4% | 97,80 | bz | |
| Pommersche | 4% | 97,20 | bz | |
| Posenische | 4% | 92,50 | bz | |
| Preussische | 4% | 97,20 | bz | |
| Westfäl. u. Rhein. | 4% | 98 | bz | |
| Sächsische | 4% | 97,75 | bz | |
| Sächsische | 4% | 97,20 | bzB | |
| Badische Präm.-Anl. | 4% | 118,90 | bz | |
| Baiernsche 4% Anleiche | 4% | 118,00 | bz | |
| Göln.-Mind.-Prämienabsch. | 3% | 108,70 | bz | |

| | | | | | |
|-----------------------------------|----------------|------------|------------|--------|---|
| Kurb. | 40 Thlr.-Loose | 237,75 | bz | | |
| Badische 35 Fl.-Loose | 123,40 | bz | | | |
| Braunschw. Präm.-Anleiche Ziehung | — | — | | | |
| Oldenburger Loose | — | — | | | |
| Louisd. — d. — | Fremd-Bkn. | 99,80 | bz | | |
| Ducaten | 9,00 G | Oest. Bkn. | 184,10 | bz | |
| Bover. | 5,03 | bz | do. Stgld. | 189,70 | G |
| Napoleons 16,35 G | do. | 4% -Guid. | 189,65 | G | |
| Imperials 16,35 G | do. | Russ. Bkn. | 281,90 | bz | |
| Bollaris 4,195 | do. | — | — | | |

Hypotheken-Certificate.

| | | | |
|---------------------------|--------|--------|-----|
| Kruppsche Partial-Obl. | 5 | 103,25 | bzG |
| Unk. Pf. d. Pr. Hyp. | 4% | 109,50 | bz |
| Deutsche Hyp.-Bk. | 4% | 95,25 | G |
| Künd. Cent.-Bod. | 4% | 100,50 | bz |
| Künd. do. | (1872) | 102,90 | bz |
| do. rückz. à 110 | 107,00 | bz | |
| do. do. | 4% | 106,50 | bz |
| Unk. H. d. Pr. Bd. Cred. | 4% | 103 | G |
| do. III. Em. | 5 | 101 | G |
| Künd. Hyp. Schuld. | 5 | 99,90 | G |
| Hyp. Auth. Nord-G. C. B. | 5 | 101,50 | bz |
| Pomm. Hypoth.-Briefe | 5 | 105,25 | bz |
| Goth. Präm.-Pt. I. Em. | 5 | 111,00 | bz |
| do. II. Em. | 5 | 107,70 | bz |
| do. 5% Pf. r. k. K. n. 11 | 5 | 103,70 | bz |
| do. 4% do. m. 110 | 4% | 96,60 | bzG |
| Meining. Präm.-Pfd. | 4% | 103,75 | bz |
| Oest. Silberpfandb. | 5% | 59 | bz |
| do. Hyp. Cred. Pfd. | 5 | 88,40 | G |
| Pf. d. Oest. Bd. Cr. Ge. | 5 | 101 | B |
| do. do. | 4% | 104 | G |
| Südd. Bod.-Cred. Pf. d. | 5 | 104 | G |

Ausländische Fonds.

| | | | |
|----------------------------|--------|----------|-------|
| Oest. Silberrente | 41/6 | 68,60 | bz |
| do. Papierrente | 41/6 | 64,50—68 | bzB |
| 54er Präm.-Anl. | 4 | 112,00 | G |
| do. Lott. Anl. v. 60 | 4 | 117,75 | bz |
| do. Credit-Loose | — | 307,00 | bz |
| Russ. Präm.-Anl. v. 64 | 5 | 150,00 | bz |
| do. do. | 1866 | 174 | bz |
| do. Bod.-Cred.-Pfd. | 5 | 92,00 | bz |
| do. do. | 4% | 88,20 | G |
| Poin. Pfandbr. III. Em. | 4 | 83,90 | bz |
| Poin. Liquid-Pfandbr. | 4 | 70,30 | bz |
| Amerik. rückz. p. 1881 | 6 | 104,10 | bz |
| do. do. p. 1885 | 6 | 102,30 | bz |
| do. 5% Anleihe | 5 | 99,40 | etbzB |
| Fransösische Rente | 5 | 104 | G |
| Ital. neue 5% Anleihe | 5 | 71,10 | G |
| Ital. Tabak-Oblig. | 5 | 99,75 | bzG |
| Baab-Grazer 100 Thlr. L. | 4 | 84,50 | etbzG |
| Romanische Anleihe | 8 | 105,80 | bz |
| Türkische Anleihe | 5 | 43,25 | G |
| Ung. 5% St. Eisenb.-Anl. | 5 | 76,80 | bz |
| Schwedische 10 Thlr.-Loose | — | — | |
| Finnische 10 Thlr.-Loose | 39,00 | G | |
| Türken-Loose | 102,20 | etbzB | |

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

| | | | |
|--------------------------|----------|--------|-------|
| Berg.-Märk. Serie II. | 4% | 68,60 | bz |
| do. III. St. 3% 4% | 64,50—68 | bzB | |
| do. do. | 4% | 112,00 | G |
| do. Lott. Anl. v. 60 | 4 | 117,75 | bz |
| do. Credit-Loose | — | 307,00 | bz |
| Russ. Präm.-Anl. v. 64 | 5 | 150,00 | bz |
| do. do. | 1866 | 174 | bz |
| do. Bod.-Cred.-Pfd. | 5 | 92,00 | bz |
| do. do. | 4% | 88,20 | G |
| Poin. Pfandbr. III. Em. | 4 | 83,90 | bz |
| Poin. Liquid-Pfandbr. | 4 | 70,30 | bz |
| Amerik. rückz. p. 1881 | 6 | 104,10 | bz |
| do. do. p. 1885 | 6 | 102,30 | bz |
| do. 5% Anleihe | 5 | 99,40 | etbzB |
| Fransösische Rente | 5 | 104 | G |
| Ital. neue 5% Anleihe | 5 | 71,10 | G |
| Ital. Tabak-Oblig. | 5 | 99,75 | bzG |
| Baab-Grazer 100 Thlr. L. | 4 | 84,50 | etbzG |
| Romanische Anleihe | 8 | 105,80 | bz |
| Türkische Anleihe | 5 | 43,25 | G |
| Ung. 5% St. Eisenb.-Anl. | 5 | 76,80 | bz |

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

| | | | | |
|---------------------|------|------|--------|--------|
| Divid. pre. | 1873 | 1874 | Zf. | |
| Aachen-Mastricht | 1% | 4 | 29,50 | bzB |
| Berg.-Markische | 3 | 4 | 87,75 | bz |
| Berlin-Anhalt. | 16 | 8% | 113,75 | bz |
| de. Dresden | 5 | 5 | 49,25 | bz |
| Berlin-Görlitz | 3 | — | 55,90 | bz |
| Berlin-Hamburg | 10 | 12% | 184,10 | bzG |
| Berl. Nordbahn | 0 | fr. | 3,50 | bz |
| Berl.-Postd.-Magd. | 4 | 4 | 70,50 | bzB |
| Berlin-Stettin | 10% | 94/5 | 136 | bz |
| Böhnn. Westbahn | 8 | 7% | 88,25 | bz |
| Breslau-Freib. | .. | 5 | 83,60 | bz |
| do. neue | 5 | 5 | — | |
| Cöln-Minden | 8% | 5 | 112,75 | —11,75 |
| do. neue | 5 | 5 | 106,90 | bz |
| Cuxhaven | 6 | 6 | 89 | G |
| Dudenbach | 0 | 0 | 27,25 | bzG |
| Gal.-Carl-Ludw.-B. | 8,67 | — | 107,25 | —7 bz |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | 0 | 19,30 | bz |
| Hannover-Altenb. | 0 | 0 | 19,90 | bz |
| Kohlisch-Falkenberg | 5 | 5 | 47 | bz |
| Märkisch-Posen | 0 | 0 | 56,80 | bzB |
| Magdebg.-Halberst. | 3% | 3% | 67,25 | bz |
| do. Lit. C. | 5 | 5 | 55,90 | bzB |
| Ostrpr. Südbahn | 0 | 0 | 80,90 | B |
| Pomm. Centralb. | 0 | 0 | 2,50 | G |
| Rechte U.-Bahn | 6% | 6% | 113,25 | bzG |
| Reichenberg-Pard | 4% | 4% | 66,50 | bz |
| Rheinische | 9 | — | 20 | bz |
| Rhein.-Nahe-Bahn | 0 | 0 | 35,30 | bz |
| Rumän. Eisenbahn | 5 | — | 15,80 | bz |
| Schweiz-Westbahn | 18/5 | 4% | 101 | B |
| Stargard.-Posener | 4% | 7/4 | 115 | |